

## **Bericht**

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 346 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Berufsamerkennungsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 29. Februar 2012 in Anwesenheit von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller und der Experten Dr. Schernthaler (Referat 11/03), Frau Dr. Grünbart (Referat 14/01), Mag. Eidenhammer (WKS) und Mag. Möslinger (LwK) geschäftsordnungsgemäß mit der zitierten Vorlage der Landesregierung befasst.

Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) stellt fest, dass das Vorhaben zum einen der Umsetzung einer EU-Richtlinie und zum anderen der Klarstellung von Fragestellungen, die bei der Vollziehung des Gesetzes aufgetreten sind, dient. Mit dieser Änderung erfolgt die Umsetzung der so genannten "EU-Blue-Card-Richtlinie", die (ua) unter bestimmten Voraussetzungen die Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen vorsieht. Im Begutachtungsverfahren seien keine Einwände erhoben worden. Legistische Anregungen des Bundes seien berücksichtigt worden. Abg. Mag. Scharfetter ersucht um Zustimmung zur vorliegenden Regierungsvorlage.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller stellt fest, dass das Salzburger Berufsamerkennungsgesetz nur für vom Land geregelte Berufe gelte, in vielen Ressorts zur Anwendung komme und generell eine Erleichterung für die Berufsamerkennung bedeute.

Die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses kommen einstimmig zu der Auffassung, dem Landtag die Beschlussfassung der Vorlage der Landesregierung zu empfehlen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Vorlage der Landesregierung Nr 346 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 29. Februar 2012

Der Vorsitzende:  
Kosmata eh

Der Berichterstatter:  
Mag. Scharfetter eh

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. März 2012:**

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – zum Beschluss erhoben.